

# INFORMATIONEN

## zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

### 1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 2/1978 – Juni

Die am Jahresende 1977 für das laufende Jahr erstellten Prognosen sind im März/April wieder nach unten korrigiert worden. Damit bestätigt sich, daß die konjunkturelle Situation unverändert ungünstig ist. Die kurze Belebung von Produktion und Auftragseingängen am Jahresende – verursacht durch einige Großaufträge vor allem im Rüstungsbereich – hat das Bild nicht verändert. Die Industrieproduktion war im ersten Quartal 1978 nicht mehr höher als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Bei insgesamt immer noch vorherrschender Stagnation sind die Unterschiede und Verschiebungen zwischen den einzelnen Industriezweigen allerdings erheblich. Dabei hat sich vor allem die Rolle der Automobilindustrie verändert. Bei insgesamt hoher Produktion und Auslastung der Anlagen ist der PKW-Boom doch an seine Grenzen gestoßen. Im Februar lagen die Zulassungszahlen erstmals wieder unter dem Vorjahresstand, die Produktion nimmt nicht mehr zu. Im Jahresverlauf ist sogar mit einem leichten Produktionsrückgang zu rechnen. Das ist für die Konjunkturentwicklung insofern bedeutsam, als die Automobilindustrie bisher sowohl die Industriebeschäftigung als auch die industrielle Investitionstätigkeit gestützt hat. Diese expansive Rolle entfällt nun. Dagegen stabilisiert sich die Situation in der Bauwirtschaft, bedingt durch steigende öffentliche Aufträge und ein niedriges Zinsniveau, das den Eigenheimbau begünstigt. Allerdings ist die Belebung nicht so kräftig, daß davon durchschlagende Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft erwartet werden könnten.

Die Exportentwicklung, die bis zur Jahresmitte 1977 noch die Funktion einer „Konjunkturlokomotive“ ausgeübt hatte, hat sich stark verlangsamt. Allerdings ist das nicht die unmittelbare Folge der Währungsverschiebungen, die um die Jahreswende eingetreten sind. Ausgerechnet die Ausfuhren in die USA, die durch die Dollarabwertung direkt betroffen sein müßten, haben in den ersten Monaten von 1978 besonders kräftig zugenommen. Der Zusammenhang zwischen Export und Wechselkurs ist also keineswegs so unvermittelt, wie es die Unternehmerpropaganda in der Öffentlichkeit glauben machen will. Die Hauptursache der verlangsamen – aber immer noch sehr hohen – Exporte ist die ungünstige Wirtschaftslage in den Hauptabnehmerländern der Bundesrepublik in Westeuropa.

Die Investitionstätigkeit hat sich in den letzten Monaten dagegen offensichtlich etwas stärker belebt. Das hängt zum Teil mit den vergrößerten

öffentlichen Investitionen zusammen, die sich aus dem Wirksamwerden des mehrjährigen „Investitionsprogramms“ der Bundesregierung ergeben. Außerdem schlagen die Investitionen in der Automobilindustrie zu Buche.

Von den vergrößerten Investitionsaufträgen profitieren neben der Bauwirtschaft weniger der Maschinenbau als vielmehr die EDV- und Büromaschinenindustrie, ein Indiz für das immer noch vorherrschende Rationalisierungsmotiv der Investitionstätigkeit. Außerdem wächst der Ersatzbedarf, so daß zunächst mit einem weiteren allmählichen Anstieg der Investitionstätigkeit gerechnet werden kann. Der konjunkturell ersehnte Stoß von Erweiterungsinvestitionen wird allerdings auch in Zukunft ausbleiben, da die Auslastung der vorhandenen Kapazitäten immer noch auf einem niedrigen Niveau verharrt.

Der private Verbrauch hat in den letzten Monaten etwa im Ausmaß des vergangenen Jahres zugenommen, obwohl die Steuerermäßigungen doch merklich zu Buche geschlagen sind. Der Einzelhandelsumsatz hat sich im ersten Vierteljahr real um knapp 3 Prozent vergrößert. Die bisher vorliegenden Tarifabschlüsse dürften den positiven Effekt der Steuermaßnahmen aber mehr als ausgleichen: Im Schnitt lagen die vereinbarten Lohnerhöhungen fast 2 Prozent niedriger als 1977. Hier zeigt sich die wirkliche Funktion der Steuererleichterungen: Ziel war eine Kostenentlastung der Unternehmer, während die steuerlichen Verbesserungen der Lohnabhängigen durch entsprechend niedrigere Lohnerhöhungen wieder abgeschöpft wurden. Im weiteren Jahresverlauf wäre mit einer Belebung des privaten Verbrauchs nur bei einer grundlegenden Verbesserung der Lohnverhältnisse zu rechnen. Denn die verschobene Rentenanpassung wird sich dämpfend auswirken.

Ein gewisser Lichtblick ist allein die Preisentwicklung, die auf die günstigen Preisverhältnisse für Importwaren zurückzuführen ist. Sie wird sich allerdings kaum weiter fortsetzen, da die Sonderfaktoren an Gewicht verlieren.

Unverändert ungünstig stellt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt dar. Die Beschäftigung ist immer noch rückläufig, auch der öffentliche Dienst baut inzwischen Arbeitsplätze ab. Wenn sich die konjunkturelle Situation nicht in der nächsten Zeit wesentlich ändert – und damit ist nicht zu rechnen –, wird die Arbeitslosenzahl 1978 höher liegen als jemals zuvor in den sechziger und siebziger Jahren.

#### INHALT:

#### 1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Geld- und Kapitalmarkt, Börse
- 1.5 Außenhandel

#### 2. Unternehmerngewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerngewinne
- 2.2 Vorstandsbezüge

#### 3. Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Einkommen in der Landwirtschaft
- 3.5 Einkommensverteilung
- 3.6 Kämpfe der Arbeiterklasse
- 3.7 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

## 1.1 Sozialprodukt

Wie auch im letzten Jahr wurden die Wachstumsprognosen für das reale Brutto Sozialprodukt – immer noch wichtigster Maßstab für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft – nach Abschluß der Lohnbewegungen herabgesetzt. Dabei wurden, ebenfalls wie im letzten Jahr, die angeblich zu hohen Lohnabschlüsse als wichtigster Grund für die verschlechterten Wachstumsaussichten angegeben.

### Wachstumsprognosen für 1978

	Prognose-aufstellung	Wachstumsrate in % <sup>1</sup>
Gemeinschaftsgutachten <sup>2</sup>	Oktober 1977	+ 3,0
Sachverständigenrat	November 1977	+ 3,5
Bundesregierung	Januar 1978	+ 3,5
Institut der deutschen Wirtschaft	April 1978	+ 2,5
Gemeinschaftsgutachten <sup>2</sup>	April 1978	+ 2,5

<sup>1</sup> Reales Brutto Sozialprodukt in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Gutachten fünf bürgerlicher Wirtschaftsforschungsinstitute  
 (Quelle: jeweilige Gutachten)

Es wurde schon zum Jahresanfang darauf hingewiesen (vgl. „Informationen...“ 1/78), daß die ersten Prognosen, die mit einem realen Wachstum von 3,5 Prozent rechneten, schon damals überhöht waren. Nur bei einer kräftigen Konjunkturbelebung im Jahresverlauf hätten sie realisiert werden können. Dafür aber waren auch damals keine Anzeichen sichtbar. Die pünktlich mit den Lohnbewegungen vorgenommenen Abstriche versuchen nun, die Gewerkschaften zum Sündenbock für die Konjunkturschwäche zu machen. Immer stärker werden Gutachten und Prognosen benutzt, um die verteilungspolitischen Ziele der Unternehmer durchzusetzen.

## 1.2 Produktion

Die Produktion des produzierenden Gewerbes (Industrie Produktion) als Kernprozeß der Wirtschaftsentwicklung hat sich nach einer kurzen Belebung zum Jahreswechsel wieder abgeschwächt. Gegenüber dem Vorjahr sind nur noch geringe Zunahmen zu verzeichnen, im März lag die Produktion sogar deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Auch im saisonbereinigten Vergleich ist gegenüber den vorangegangenen Monaten ein Rückgang zu verzeichnen. Im Zweimonatszeitraum Februar/März lag die Produktion um 4,5 Prozent niedriger als Dezember/Januar. Die Streiks, deren Schwerpunkt im März gelegen hatten, dürften an dieser Entwicklung einen gewissen, allerdings nicht entscheidenden Anteil haben. Es zeigt sich, daß das schon 1977 aufgetretene Überwiegen stagnativer Tendenzen bei einigen Produktionschwankungen noch immer anhält.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	Oktober	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Insgesamt	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,2	+ 2,1	- 0,1	- 1,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	- 1,8	+ 0,2	+ 2,8	+ 1,0	- 1,1	- 1,0
Investitionsgüter	+ 2,5	+ 2,5	+ 6,8	+ 1,9	- 0,3	- 5,2
Verbrauchsgüter	+ 2,5	+ 1,7	+ 5,9	- 0,6	- 0,3	-

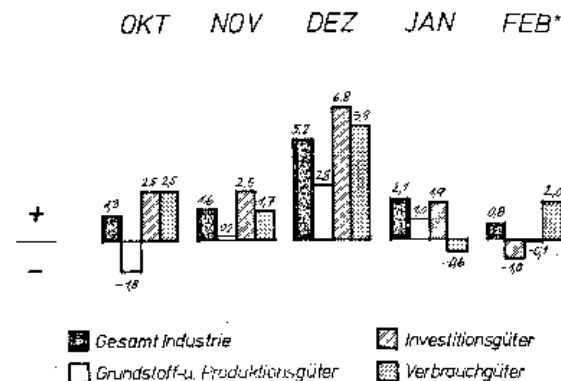
<sup>1</sup> 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/78, S. 65\*)

Diese Feststellung gilt, obwohl es zwischen den einzelnen Branchen erhebliche Unterschiede gibt – bei allerdings im wesentlichen paralleler Entwicklungstendenz.

Eine Belebung ist bei der eisenschaffenden Industrie festzustellen, wobei allerdings das Ausgangsniveau sehr niedrig ist. Dagegen schwächt sich die Entwicklung im Straßenfahrzeugbau ab. Bei anhaltend hoher Auslastung war die Produktion dort im ersten Quartal 1978 gemessen an den Stückzahlen kaum noch höher, im Februar waren die Zulassungsziffern für PKW erstmals etwas niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Während sich bei den anderen Branchen nur wenig an der Situation geändert hat, erwartet das Bauhauptgewerbe eine Belebung. Kräftige Zuwächse verzeichnet allein noch der Bereich der EDV-Geräte und Büromaschinen.

### Nettoindustrieproduktion

Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahr



\* Vorläufige Zahlen

### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 1,6	+ 5,2	+ 2,1	- 0,1	- 1,1
Eisenschaffende Industrie	+ 1,4	+ 6,5	+ 9,7	+ 10,3	-
Chemische Industrie	+ 0,6	+ 5,0	+ 1,3	+ 0,9	-
Maschinenbau	+ 0,1	+ 5,9	+ 1,4	- 3,0	- 4,9
Stoffenfahrzeugbau	+ 7,4	+ 10,0	+ 6,3	+ 3,9	- 8,1
Elektrotechnik	+ 1,0	+ 4,1	+ 1,8	+ 0,7	- 3,4
EDV-Geräte	+ 39,1	+ 42,7	+ 35,8	+ 16,9	-
Textilgewerbe	- 2,2	- 0,8	- 4,9	- 2,0	- 1,1
Bekleidungs-gewerbe	- 2,9	+ 1,0	- 2,3	- 0,1	-
Bauhauptgewerbe	+ 0,7	+ 9,1	+ 10,6	- 8,9	- 5,4

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/78)

Dieses Bild wird von der Entwicklung der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe unterstrichen. Gegen Jahresende war es – im saisonbereinigten Monatsvergleich – zu einer Auftragsbelebung vor allem aus dem Inland gekommen, wobei allerdings einige Großaufträge im militärischen Bereich zu Buche schlugen. Im Januar und im Februar gingen die Auftragseingänge wieder kräftig zurück. Im Inland setzte sich diese Entwicklung auch im März weiter fort, während die Auslandsaufträge – bedingt durch einige Großaufträge – wieder etwas zunahmen. Im Zweimonatszeitraum Februar/März 1978 waren die Auftragseingänge insgesamt um 2,5 Prozent niedriger als im Dezember/Januar, die Inlandsaufträge gingen sogar um 9 Prozent zurück, wobei vor allem der Investitionsgüterbereich betroffen ist. Hier war es allerdings auch zu der kurzzeitigen Belebung am Jahresende gekommen.

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (2)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (2)
Nov.	+ 5,3	+ 4,2	- 1,7	+ 1,0
Dez.	+ 3,5	+ 2,5	- 3,5	- 1,1
Jan.	+ 9,1	+ 7,7	+ 4,3	+ 5,4
Febr.	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,6	+ 1,2
März	- 6,0	- 10,1	+ 3,1	- 7,9

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt  
<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 4/78)

Zwischen Inlands- und Auslandsauftragsentwicklung gibt es gegenwärtig keine ins Auge fallenden Differenzen. Allerdings zeigt die jüngste Entwicklung, daß es keineswegs zu einem durch die Wechselkursverschiebung bedingten plötzlichen Rückgang der ausländischen Bestellungen gekommen ist. Der Zusammenhang zwischen DM-Aufwertung und Export ist keineswegs so geartet, daß unmittelbare Reaktionen zu verzeichnen sind.

### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Verarb. Gewerbe insgesamt	Grundstoffe u. Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Nov.	+ 4,1	- 6,6	+ 14,7	+ 0,2
Dez.	+ 4,3	- 6,7	+ 12,9	+ 1,3
Jan.	+ 10,6	+ 4,8	+ 15,0	+ 9,8
Febr.	+ 2,2	0,0	+ 3,6	+ 2,6
März	- 6,1	- 10,9	+ 5,1	- 8,1
Ausland				
Nov.	+ 7,6	+ 12,8	+ 6,2	+ 4,3
Dez.	+ 1,8	+ 5,5	+ 0,9	- 2,0
Jan.	+ 5,9	+ 3,8	+ 6,6	+ 8,4
Febr.	+ 0,6	+ 2,4	- 1,2	+ 6,1
März	- 5,5	- 8,2	- 0,2	- 6,7

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht 5/78)

Die Zukunftsaussichten werden auch von der Wirtschaft selbst überwiegend pessimistisch beurteilt. Nach den Ergebnissen des jüngsten „Konjunkturtests“ des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, der auf Unternehmensbefragungen beruht, werden vor allem in der Investitionsgüterindustrie die Aussichten ungünstig beurteilt. Allein in der Bauwirtschaft wird mit einer Besserung gerechnet. Sowohl die erwarteten öffentlichen Aufträge als auch die niedrigen Zinsen, die vor allem den Eigenheimbau begünstigen, sind die Grundlage dafür.

Wie die Umfrage der „Mietfinanz GmbH“ vom April dieses Jahres zeigt, rechnet die Industrie 1978 mit einem Umsatzzuwachs von 3,2 Prozent im Jahresdurchschnitt – das entspräche etwa einer Produktionssteigerung von 2 Prozent. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die Erwartungen nur bei der EDV-Industrie (+ 12,5 Prozent) und der Bauwirtschaft (+ 5 Prozent). Konjunkturell bedeutsam ist die Tatsache, daß die Automobilindustrie an ihre Grenze gestoßen ist. Sie erwartet in diesem Jahr nur noch einen Umsatzzuwachs von 3 Prozent, d. h., ein Produktionszuwachs ist kaum noch zu erwarten. Im Jahresverlauf dürfte sogar ein leichter Rückgang möglich sein.

Insgesamt gibt es keine Anzeichen dafür, daß es in den nächsten Monaten zu einer wesentlichen Veränderung der Lage in der Industrie kommt, die nur durch geringe Produktionszuwächse gekennzeichnet ist.

## 1.3 Investitionen

Ob die Investitionstätigkeit sich in den ersten Monaten von 1978 insgesamt belebt hat, kann noch nicht bestätigt werden, da noch keine Daten aus dem Jahre 1978 vorliegen. Allerdings scheint es, daß die öffentlichen Investitionen entsprechend den Ausgabenplanungen zugenommen haben, nachdem sie in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen waren. Das läßt der kräftige Ausgabenanstieg des Bundeshaushalts zumindest vermuten. In den ersten 3 Monaten von 1978 wurden die Bundesausgaben um 15 Prozent gesteigert.

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der gesamte öffentliche Haushaltsvollzug in den vergangenen Jahren durch seine „Sparpolitik“ einen erheblichen Beitrag zur ungünstigen konjunkturellen Lage geleistet hat.

Vor diesem Hintergrund muß die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben noch immer für konjunkturell ungenügend gehalten werden. Daher verstärken sich in den letzten Monaten die Forderungen vor allem aus dem gewerkschaftlichen, aber auch aus dem wissenschaftlichen Raum, durch Konjunkturprogramme die Konjunktur zu stützen. Die Bundesregierung hat diese Forderungen zunächst zurückgewiesen und mitgeteilt, sie wolle erst die Entwicklung des Sommers abwarten. Selbst wenn dann zusätzliche Ausgaben beschlossen werden sollten – womit eigentlich nicht zu rechnen ist –, dürfte das für die Entwicklung des Jahres 1978 keine Bedeutung mehr haben.

Zudem läuft die Strategie der Bundesregierung gegenwärtig eher darauf hinaus, die Mehrausgaben der Investitionsprogramme durch Haushaltskürzungen im sozialen Bereich zu kompensieren. So ist denn auch langfristig, über 1978 hinaus, immer noch die „Sparpolitik“ das Hauptanliegen. Sollen die öffentlichen Investitionen des Bundes

1978 immerhin um 10 Prozent steigen, so ist doch in den folgenden Jahren zunächst eine Kürzung der Zuwachsraten und ab 1982 ein absoluter Investitionsrückgang geplant.

Die privaten Investitionen sollen in der Industrie nach den Ergebnissen der Ifo-Umfrage 1978 etwas schneller zunehmen, um nominal 11 Prozent nach 7 Prozent 1977. Diese Belebung wird allerdings nicht lange währen, da sie vor allem durch den Investitionsbedarf der Automobilindustrie bestimmt ist. Für 1979 ist nur noch ein Investitionszuwachs von 4 Prozent anvisiert (Ifo-Schnelldienst 11/78).

Die vom Ifo-Institut erfragten Investitionsplanungen umfassen allerdings Inlands- und Auslandsinvestitionen, so daß direkte Schlüsse auf die inländische Investitionstätigkeit nicht zulässig sind. Immerhin ergab die Befragung, daß 48 Prozent der Firmen stärker im Ausland als im Inland investieren wollen, nur 6 Prozent wollen umgekehrt mehr im Inland anlegen.

Gesamtwirtschaftlich wird nur mit einer leichten Belebung der Investitionstätigkeit gerechnet, wobei die Verlagerung zugunsten der Büro- und Datentechnik anhalten wird. Das Rationalisierungsziel steht also noch immer im Vordergrund.

### Gesamtwirtschaftliche Investitionen<sup>1</sup>

	1. HJ. 1977	2. HJ. 1977	1. HJ. 1978 <sup>2</sup>	2. HJ. 1978 <sup>2</sup>
Anlageinvestitionen insgesamt	+ 4,0	+ 1,6	+ 2,5	+ 5,5
darunter:				
Staat <sup>3</sup>	- 2,0	- 2,0	+ 7,0	+ 11,5
darunter:				
Ausrüstungen <sup>4</sup>	+ 3,1	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,0
Bauten	+ 4,6	- 1,0	+ 1,0	+ 6,5

<sup>1</sup> Real, in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Laut Prognose des „Frühjahrgutachtens“ der Wirtschaftsforschungsinstitute  
<sup>3</sup> Nominal  
<sup>4</sup> Maschinen, Anlagen  
 (Quelle: DIW-Wochenbericht 17 – 18/1978, S. 183 ff.)

Mit einem kräftigen Aufschwung der Investitionstätigkeit ist auch deshalb nicht zu rechnen, weil sich die Kapazitätsauslastung immer noch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau befindet und in den letzten Monaten auch kaum zugenommen hat.

### Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie<sup>1</sup>

	Januar	April	Juli	Oktober
1970	92,0	91,6	91,0	89,3
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1976	78,7	80,3	80,7	81,1
1977	81,9	80,5	80,2	80,8
1978	81,4	80,4		

<sup>1</sup> Ohne chemische Industrie und Nahrungs- und Genussmittelindustrie, in % der betriebsüblichen Vollausschüttung  
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst, 7/1978, S. 2)

Bevor nicht eine kräftige Ausweitung der Nachfrage dafür sorgt, daß der Auslastungsgrad kräftig ansteigt, ist mit einer konjunkturellen Investitionstätigkeit, vor allem mit arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen, jedenfalls nicht zu rechnen.

## 1.4 Geld- und Kapitalmarkt, Börse\*

Im Verlauf des Jahres 1977 und in den ersten Monaten dieses Jahres wurde der Geld- und Kapitalmarkt nicht nur durch die konjunkturelle Verlangsamung beeinflusst, die sich in einem verringerten Finanzmittelbedarf der Unternehmen niederschlug, sondern auch durch eine erhöhte Kreditnachfrage von Privaten – insbesondere für Wohnungsbauinvestitionen –, die durch die sinkende Zinstendenz bedingt war. Die öffentlichen Haushalte, die bis zum dritten Quartal 1977 eine abnehmende Kreditnachfrage aufwiesen, sind im Zuge der stimulierenden Konjunkturmaßnahmen der öffentlichen Hand wieder verstärkt zur Verschuldung übergegangen.

\* Dieser Abschnitt wurde von Walter Micheli verfaßt.

## Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1976	1977	1978	1976	1977	1978
	Dezember		März			
	Milliarden DM			Veränderungen gegen- über Vorjahr in %		
Kredite an inländische Nichtbanken	992,0	1 086,6	1 093,5	10,1	9,5	9,4
– Unternehmen und Private	769,2	838,7	841,2	9,4	9,0	8,8
– Öffentliche Haushalte	222,8	247,9	252,3	12,8	11,3	11,8
Netto-Auslandsforderungen	129,3	131,6	136,6	6,9	1,8	2,9
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten <sup>1)</sup>	589,2	626,7	656,0	11,0	6,4	7,7
darunter: Spareinlagen und -briefe	216,8	231,2	232,8	11,6	6,6	6,6
Goldvolumen (M <sub>3</sub> )	532,0	591,5	574,1	8,4	11,2	9,8

<sup>1</sup> Einschließlich „Zentralbankinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Mai 1978)

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, hat sich die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten 1977 beträchtlich verlangsamt. Für die Abschwächung sind die Spareinlagen verantwortlich, die gegenüber 1976 kaum zugenommen haben. Da der Bestand an Sparbriefen, die eine höhere Verzinsung gewährleisten, stark gestiegen ist, kann man schließen, daß die niedrigen Sparzinsen auf Spareinlagen die Sparer veranlaßten, rentablere Anlageformen zu suchen.

Im letzten Quartal 1977 und im ersten Quartal 1978 hat der Absatz von öffentlichen Wertpapieren (Anleihen und Kommunalobligationen, die von Kreditinstituten zur Finanzierung von Gemeindevorhaben emittiert werden) erneut stark zugenommen, im Zusammenhang mit der Beschleunigung der öffentlichen Ausgaben. (Siehe Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“.) Auch die Bankschuldverschreibungen sind in demselben Zeitraum beträchtlich gestiegen: Eine besonders ausgeprägte Zunahme ist bei den Pfandbriefen zu verzeichnen, deren Absatz gegenüber einem Jahr zuvor sich vervierfacht hat (von 1,6 auf 6,3 Milliarden DM). Die Pfandbriefe, die zur Finanzierung der Hypothekendarlehen begeben werden, profitieren von der erhöhten Kreditinanspruchnahme für Wohnungsbauzwecke.

## Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	1975	1976	1977	1978	
	Jahr	1. Vj.	1. Vj.	1. Vj.	
Anleihen der öffentlichen Hand	13 171	16 676	21 256	4 898	3 889
Kommunalobligationen	23 648	21 123	16 134	4 833	7 174
Sonstige Bankschuldverschreibungen <sup>1</sup>	11 226	10 608	12 803	3 649	6 388
Industrieobligationen	– 166	– 545	– 418	– 50	– 192
Ausländische Rentenwerte <sup>2</sup>	1 384	1 354	4 551	490	1 060
Absatz = Erwerb insgesamt	49 361	49 213	54 328	13 820	18 319
darunter:					
Kreditinstitute	27 183	20 492	32 278	4 928	5 484
Inländische Nichtbanken	18 131	32 126	22 089	10 153	11 480

<sup>1</sup> Darunter: Pfandbriefe  
<sup>2</sup> Netto-Absatz  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Mai 1978)

Die Auflegung von ausländischen Rentenwerten weist eine regelrechte Boomphase aus: Der Brutto-Absatz von DM-Anleihen ausländischer Emittenten ist von 8,7 Milliarden DM im Jahre 1976 auf 13,2 1977 emporgeschnellt. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres hat er bereits knapp 6 Milliarden erreicht, so daß sich der Zentrale Kapitalmarktausschuß am 12. Mai dieses Jahres gezwungen sah, vor-

übergehend „zur Beruhigung des Marktes“ eine Emissionspause für solche Wertpapiere zu beschließen. Inländisches Kapital sucht und findet in großem Umfang ausländische Anlagemöglichkeiten.

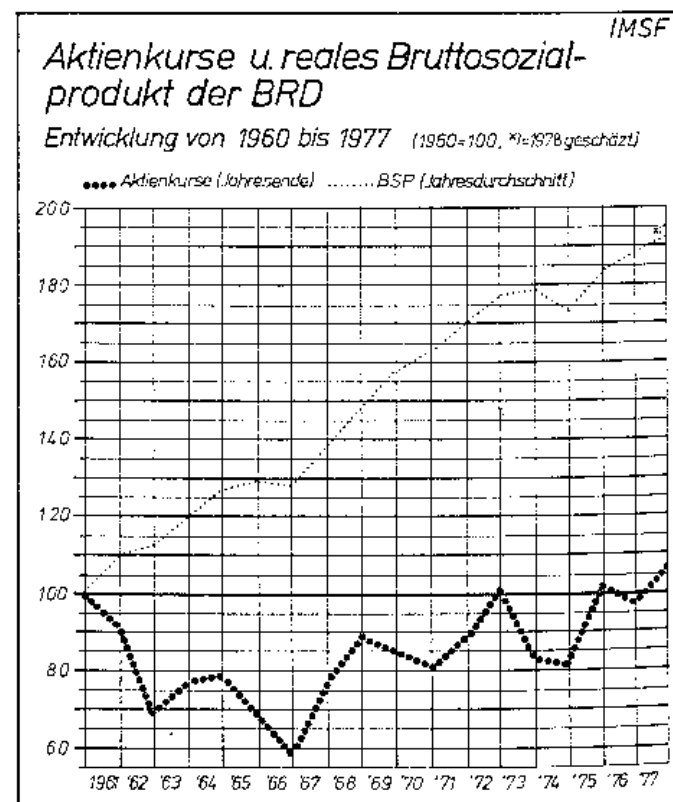
Im Gefolge der niedrigen Finanzbedürfnisse der Unternehmen und der hohen Liquidität des Wirtschaftssystems zeigen die kurz- und langfristigen Zinssätze seit langem eine Abwärtstendenz. Die Kontokorrentzinsen auf Bankkredite von 1 bis 5 Millionen DM sind im ersten Vierteljahr 1978 auf 6,2 Prozent gesunken. Die effektive Verzinsung der Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke ist von über 10 Prozent in den Jahren 1973/74 auf 6,1 Prozent im März 1978 zurückgegangen. Die Renditen von Anteilen der öffentlichen Hand sind auf ein Niveau von 5,2 Prozent im März dieses Jahres gesunken, womit sie den tiefsten Stand seit 1955 erreicht haben.

## Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite <sup>1</sup>	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse <sup>2</sup>
	in %	in %	29. 12. 1972 = 100
1976			
1. Vj.	7,50	7,9	106,9
2. Vj.	7,20	7,8	104,1
3. Vj.	7,19	8,0	100,0
4. Vj.	7,20	7,5	95,1
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0
2. Vj.	6,91	6,2	101,8
3. Vj.	6,74	5,8	102,4
4. Vj.	6,62	5,7	104,5
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5

<sup>1</sup> Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM  
<sup>2</sup> Statistisches Bundesamt  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Mai 1978)

Auf dem Aktienmarkt sind die Kurse bis März innerhalb eines Jahres um mehr als 10 Prozent gestiegen. Trotz der starken Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahre 1977 und der nicht besseren Aussichten für das laufende Jahr haben die Aktiennotierungen eine günstige Entwicklung genommen. Damit wird erneut bestätigt, daß man nicht mehr von der Aktienbörse als einem „Barometer“ des Wirtschaftsablaufs sprechen kann. In einem im Mai-Heft der Zeitschrift „Capital“ erschienenen Artikel unter dem Titel „Konjunktur-Barometer“ heißt es dagegen: „Laut Volker Hölterhoff vom Münchner Ifo-Insti-



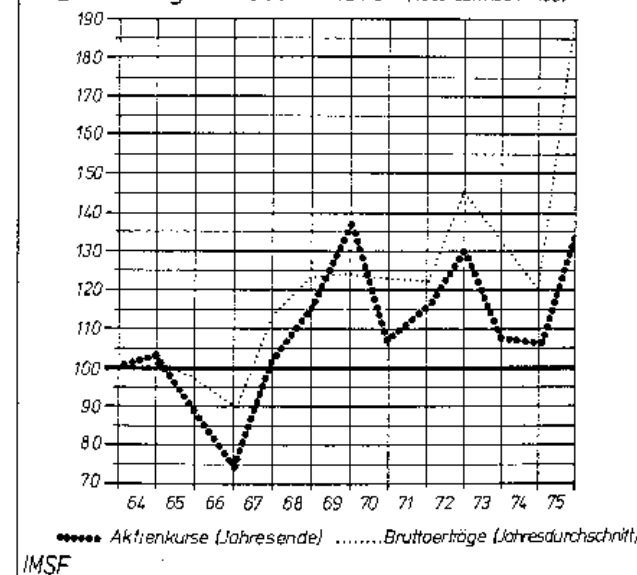
tut für Wirtschaftsforschung ist der Zusammenhang zwischen Konjunktur und Aktienindex erwiesen. Bislang jedenfalls, so Hölterhoff, hätten fundierte Indizes stets die spätere tatsächliche Entwicklung angezeigt.“

Wie aus der Abbildung hervorgeht, läßt sich aber nur ein sehr loser Zusammenhang zwischen Aktienkursen und Konjunkturentwicklung erkennen. Die Abbildung wurde so konstruiert, daß die durchschnittliche Jahresentwicklung des realen Brutto-sozialproduktes (BSP) mit dem Verlauf der Aktienkurse von Anfang bis Ende des Vorjahres gekoppelt erscheint, so daß die Kurve der Aktienkurse jeweils der tatsächlichen Entwicklung des BSP des nächsten Halbjahres entspricht. In der Grafik ist die Kurve des BSP also um ein Jahr verschoben. Abgesehen von den Wirtschaftsrezessionen 1966–67 und 1974–75, wird selbst eine mäßige Wachstumsverlangsamung von der Börse mit einem abrupten Verfall der Aktienkurse registriert (1962 und 1970). Die Börse ist heute ein untaugliches Barometer: Schon eine leichte Erkältung der Konjunktur läßt die Börse in eine lähmende Depression geraten. Immerhin ist das Brutto-sozialprodukt in den wirtschaftlich günstigen sechziger Jahren um etwa 50 Prozent angewachsen, während die Aktienkurse am Ende des Jahrzehnts nur um 5 Prozent höher lagen als zu Beginn.

Auch eine Gegenüberstellung der Aktiennotierungen und der Gewinnerwartungen bringt uns nicht viel weiter; zwar weist der Verlauf der beiden Kurven eine größere Ähnlichkeit auf, aber trotzdem bleiben die Aktienkurse langfristig stark hinter der Entwicklung der Gewinne zurück. So stiegen die Bruttoerträge der Aktiengesellschaft zwischen 1964 und 1976 um 90 Prozent, während die Aktienkurse knapp um 30 Prozent anstiegen. (In der Grafik ist die Entwicklung der Bruttoerträge um ein Jahr verschoben.)

## Aktienkurse u. Bruttoerträge industr. Aktiengesellschaften der BRD

Entwicklung von 1963 bis 1975 (1963 bzw. 1964 = 100)



Einige bürgerliche Experten weisen auf einen engeren Zusammenhang zwischen Aktienkursen und den Erzeugerpreisen für Investitionsgüter hin. Auf lange Sicht ist das zwar richtig, aber in den einzelnen Jahren weichen diese zwei Indizes sehr stark voneinander ab, so daß man auch hier von dem Index der Aktienkurse als einem Frühindikator nicht sprechen kann.

In den sechziger und siebziger Jahren haben die Aktiennotierungen nicht einmal mit der Inflation Schritt gehalten. Ende 1977 lagen sie nur um 6 Prozent höher als Ende 1960, während sich die Lebenshaltungskosten in demselben Zeitraum fast verdoppelten. In den fünfziger Jahren hatten die Aktienkurse jedoch eine sprunghafte Entwicklung genommen: Die Aktienwerte sind von 1950 bis 1960 um das Zehnfache in die Höhe geschossen. Das bedeutet, daß Aktien auf ganz lange Sicht die beste Anlageform sind, die den Kaufkraftverlust der Währung mehr als kompensieren. Da das auch für die nicht an der Börse notierten Aktien gilt, hat es jedoch nicht das geringste mit der Börse selbst zu tun. Übrigens machte der Nominalwert der börsennotierten Aktien mit 42 Mil-

liarden DM Ende 1977 nur die Hälfte des Nominalwertes aller Aktien (82,4 Milliarden) aus, was der Quote von 1960 entsprach. Nach den Berechnungen der Deutschen Bundesbank über die Vermögensbildung und ihre Finanzierung betrug der Bestand an Aktien Ende 1977 nur 11 Prozent der Nettoverpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen, während er Ende 1960 noch eine Quote von 19 aufgewiesen hatte.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Aktien als Finanzquelle allmählich an Boden verloren haben. Die Börse, an der nur die Hälfte der Aktienvermögen gehandelt wird, hat in der Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus kaum eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Privatwirtschaftlich kann sie als ein transparenterer und geregelter Markt für An- und Verkauf von Eigentumspapieren angesehen werden. Als Barometer der Wirtschaftsentwicklung ist sie letzten Endes untauglich.

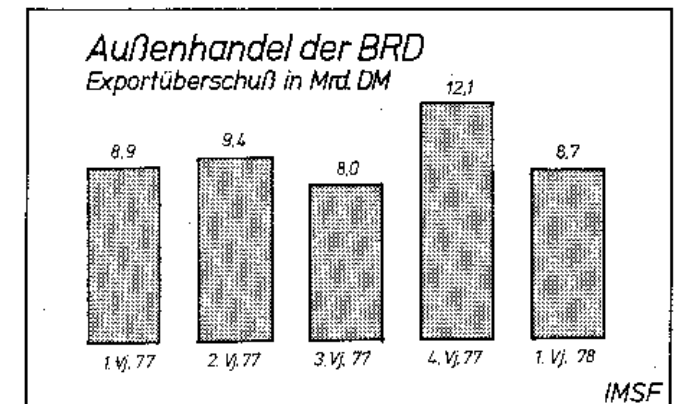
## 1.5 Außenhandel

Die Währungsunruhen, insbesondere der Fall des Dollarkurses, sind vorübergehend abgeklungen. Der Dollar hat sich erwartungsgemäß wieder etwas erholt, ohne allerdings den Verlust der letzten Monate aufholen zu können. Die Ausfuhr der Bundesrepublik ist bis jetzt von den Währungsverschiebungen ziemlich unberührt geblieben. Die Zusammenhänge zwischen Außenhandel und Wechselkursen können hier im einzelnen nicht untersucht werden, sie sind jedenfalls nicht so direkt, wie es die wirtschaftspolitische Propaganda der Unternehmer glauben machen will, die sofort Lohnverzicht als Ausgleich fordert. Es fällt immerhin ins Auge, daß ausgerechnet die Ausfuhren in die USA in den letzten Monaten deutlich überproportional angestiegen sind, obwohl der Dollarkurs doch seit Juli 1977 mehrmals ruckartig gesunken ist. Allerdings entwickelt sich der Außenhandel der BRD nur noch langsam, die Funktion der „Konjunkturlokomotive“ wird er in absehbarer Zeit nicht mehr übernehmen können.

## Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% <sup>1</sup>	Importe in Mrd. DM	%	Saldo in Mrd. DM	%
1977						
1. Vj.	66,6	+ 10,4	57,7	+ 11,4	+ 8,9	+ 4,7
2. Vj.	67,9	+ 8,1	58,5	+ 6,4	+ 9,4	+ 20,5
3. Vj.	65,3	+ 2,8	57,3	+ 4,0	+ 8,0	– 5,0
4. Vj.	73,6	+ 6,2	61,5	+ 3,4	+ 12,1	+ 22,2
1978						
1. Vj.	67,3	+ 1,1	58,6	+ 1,5	+ 8,7	– 2,2

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Neben den Währungsunruhen und zunehmenden protektionistischen Tendenzen im Welthandel ist vor allem die internationale Konjunkturlage von Bedeutung. Bei den wichtigsten Handelspartnern, den westeuropäischen Industrieländern, deutet nichts auf eine Überwindung der Stagnation hin. In einigen Ländern, so in Frankreich und Italien, war die Produktion sogar zeitweilig absolut rückläufig. Allein die USA expandieren noch vergleichsweise kräftig.

Der Welthandel nimmt gegenwärtig wieder etwas rascher zu, für 1978 wird mit einer Zunahme des internationalen Handelsvolumens um



etwa 5 Prozent (nach 3,5 Prozent 1977) gerechnet. Das ist aber im wesentlichen den Aktivitäten der OPEC-Länder zu verdanken. Auch die sozialistischen Länder dehnen ihre Importe wieder etwas aus.

Der Kapitalexport bewegt sich noch immer auf einem hohen Niveau.

#### Direktinvestitionen im Ausland<sup>1</sup>

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
	2,67	2,82	5,64	4,53	5,23	5,06	5,09

<sup>1</sup> In Mrd. DM  
(Quelle: Informationen ... Nr. 2/1977; Neue Zürcher Zeitung, Fernausgabe v. 25. 4. 1978)

Die westdeutschen Direktinvestitionen lagen 1977 um etwa 1,5 Milliarden DM über den ausländischen Direktinvestitionen. Es muß zudem in Rechnung gestellt werden, daß die Tendenz zur Aufwertung der DM den Kapitalexport begünstigt, d. h., 1977 war die DM in den USA z. B. wesentlich mehr wert als 1976. Wichtigstes Zielland der Investitionstätigkeit sind die USA, wichtigste Kapitalexportbranche ist die chemische Industrie.

## 2. Unternehmerngewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmerngewinne

Im laufenden Jahr beschleunigt sich die Gewinnentwicklung wieder, nachdem sie sich 1977 etwas verlangsamt hatte. Dabei machten vor allem die Großbanken wieder den großen Schnitt. Nach Auskünften der Vorstandssprecher erhöhte sich das Betriebsergebnis bei der Deutschen Bank um 23 Prozent, bei der Commerzbank um 20 Prozent und bei der Dresdner Bank um 10 Prozent.

Insgesamt stiegen die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ 1977 nur langsam.

#### Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen<sup>1</sup>

	1. Hj. 1976	2. Hj. 1976	1. Hj. 1977	2. Hj. 1977	1. Hj. 1978 <sup>2</sup>	2. Hj. 1978 <sup>2</sup>
Brutto	+ 22,0	+ 12,6	+ 3,9	+ 5,2	+ 7,0	+ 7,0
Netto	+ 24,7	+ 9,5	- 1,7	+ 2,5	+ 11,5	+ 11,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des „Gemeinschaftsgutachtens“  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 3/78, S. 15; DIW-Wochenbericht, 17-18/78, S. 184)

Der Nettoanstieg 1977 ist wegen der Körperschaftsteuerreform unterzeichnet (vgl. Informationen ... 1/1978), ist also in diesem Jahr nicht voll vergleichbar.

Daß damit aber noch keine Rückschlüsse auf die Gewinne im engeren Sinne gezogen werden können, macht eine Analyse des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) deutlich, das als direktes Unternehmerinstitut die Gewinne zudem so niedrig wie möglich ausweisen möchte.

Demnach sind die Bruttogewinne der Industrie nach einem Anstieg von 35 Prozent im Jahre 1976 auch 1977 weiter um 10 Prozent gestiegen. Das macht auch die Entwicklung der „Umsatzrendite“ deutlich, die allerdings die tatsächliche Kapitalrentabilität systematisch unterzeichnet (vgl. Informationen ... 4/1976).

#### Ausgewiesener Brutto-Gewinn je 100 DM Umsatz<sup>1</sup>

	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
	4,70 DM	5,30 DM	5,50 DM	4,10 DM	3,70 DM	5,30 DM	5,50 DM

<sup>1</sup> Gewinn vor Steuern der industriellen Aktiengesellschaften  
(Quelle: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft, Nr. 16/1978)

Für das laufende Jahr wird wieder eine kräftigere Verbesserung der Ertragslage erwartet. Die „Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit

und Vermögen“ sollen nach den Erwartungen des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute um 11,5 Prozent zunehmen, die Gewinne im engeren Sinne werden dann erfahrungsgemäß noch rascher ansteigen.

Daß diese Gewinnverbesserung aber nicht gleichmäßig alle Bereiche betrifft, zeigt die immer noch hohe Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen. Im Zeitraum Januar/Februar lag sie zwar mit 1527 Pleiten um 9 Prozent unter dem Vorjahresstand, aber immer noch ebenso hoch wie Anfang 1975, also mitten in der Krise.

### 2.2 Vorstandsbezüge

Ein kleiner, aber nicht unwichtiger Teil der Gewinne wird in den Statistiken zu den Löhnen und Gehältern gezählt: die Bezüge der Vorstandsmitglieder. Wie eine im „Blick durch die Wirtschaft“ (v. 27. April 1978) veröffentlichte Analyse zeigt, sind diese Einkünfte 1976 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) in der Industrie um durchschnittlich 8,2 Prozent pro Kopf angestiegen.

In 663 untersuchten Industriegesellschaften bezogen 1976 insgesamt 2429 Vorstandsmitglieder ein Jahresgehalt von etwa 620 Millionen DM, rund 254 000 DM pro Kopf. Zum Vergleich: Das durchschnittliche Bruttoarbeitseinkommen je beschäftigten Abhängigen lag 1976 bei 23 990 DM.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Bezüge der Vorstände in den großen Konzernen durchweg wesentlich höher waren.

#### Jährliche Vorstandsbezüge pro Kopf<sup>1</sup>

	1975	1976	% <sup>2</sup>
Varta	1 014	1 076	+ 6,1
BMW	745	773	+ 3,8
VW	575	765	+ 33,0
Deutsche Bank	670	746	+ 11,3
Mannesmann	682	694	+ 1,8
Dresdner Bank	571	687	+ 20,3
BHF-Bank	638	686	+ 7,5
Daimler-Benz	683	685	+ 0,3
Krupp	737	674	- 8,5
Henninger-Bräu	400	650	+ 62,5

<sup>1</sup> In 1000 DM  
<sup>2</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Blick durch die Wirtschaft, v. 27. 4. 78)

Die berechneten prozentualen Veränderungen sind natürlich wenig aussagekräftig. Es muß bedacht werden, daß z. B. schon die geringfügige Anhebung bei Daimler-Benz um 0,3 Prozent immerhin 2100 DM ausmacht. Eine entsprechende Lohnforderung seitens einer Gewerkschaft wäre aber von der Presse und der „Öffentlichkeit“ einhellig als Ausdruck äußerster Maßlosigkeit verdammt worden.

Es sei schließlich darauf verwiesen, daß die Vorstandsmitglieder neben ihren Bezügen noch viele andere Einkommensquellen haben. Nicht zuletzt wird ein Großteil ihres persönlichen Aufwands (Dienstvilla, Dienstwagen, Chauffeur usw.) vom Unternehmen gestellt, als Kosten verrechnet und so zu etwa 60 Prozent vom Steuerzahler finanziert.

## 3. Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Im Jahre 1977 lagen die Tarifabschlüsse mit Erhöhungen von durchschnittlich 6,8 Prozent um etwa ein Prozent über den Vorjahresergebnissen. Im laufenden Jahr sind die Abschlüsse – soweit sie schon vorliegen – wesentlich niedriger ausgefallen. Im Durchschnitt dürfen sie um fast 2 Prozent darunterliegen.

#### Tariflöhne und -gehälter<sup>1</sup>

	Gesamtwirtschaft	Produzierendes Gewerbe
1977	+ 6,8	+ 7,4
1. Vj.	+ 6,8	+ 7,9
2. Vj.	+ 6,9	+ 7,5
3. Vj.	+ 6,7	+ 7,1
4. Vj.	+ 6,6	+ 7,0
1978		
Januar	+ 6,4	+ 6,3
Februar	+ 5,0	+ 6,2
März	+ 5,8	+ 6,1

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/78, S. 69<sup>2</sup>)

Zudem ist die Lohndrift seit dem 3. Vierteljahr 1977 negativ, d. h., die Effektivlöhne steigen langsamer als die Tariflöhne.

#### Lohndrift 1977<sup>1</sup>

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Arbeiter	+ 0,7	+ 0,1	- 1,9	- 1,1
Angestellte	+ 0,7	+ 0,6	0,0	+ 0,3

<sup>1</sup> Unterschied zwischen dem Anstieg von Effektiv- und Tarifeinkommen, in Prozent  
(Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 16/1978)

Hauptursache ist die rückläufige Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Kopf. Da sich die Beschäftigungssituation auch in den ersten Monaten von 1978 weiter verschlechtert hat, ist anzunehmen, daß die Lohndrift auch gegenwärtig noch negativ ist.

Bei etwas niedrigerer Inflationsrate und verbesserten Lohnabschlüssen sind die Reallöhne 1977 wieder angestiegen, nachdem sie 1976 rückläufig gewesen waren.

#### Einkommen je Beschäftigten 1977

	Monatseinkommen in DM	In % geg. Vorjahr
Bruttoeinkommen	2 137	+ 6,9
Nettoeinkommen	1 490	+ 5,8
Inflationsrate <sup>1</sup>	-	+ 3,9
Realeinkommen	-	+ 1,8

<sup>1</sup> Anstieg der Lebenshaltungskosten aller Haushalte  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1978, S. 89)

Unter Reallöhnen werden hier die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten verstanden, bereinigt um die Inflationsrate. Ihre Veränderung gibt also an, wie sich die reale Kaufkraft des Nettolohns im Jahresdurchschnitt entwickelt hat. Natürlich ist der berechnete Anstieg nur eine Durchschnittsgröße, hinter der sich ganz unterschiedliche Entwicklungen verstecken können. So stiegen z. B. die Bruttoverdienste der Arbeiter in der Industrie 1977 um durchschnittlich 7,5 Prozent. In der Chemiefaserindustrie lag der Anstieg aber bei 11,1 Prozent, in der Fischverarbeitung bei 0,9 Prozent. Die Beschäftigten der Chemiefaserindustrie dürften also – vor allem wegen erhöhter Überstundenleistung – ihr Realeinkommen kräftig erhöht haben, während die Beschäftigten der Fischverarbeitung real deutlich weniger verdienen als im Vorjahr.

Die Tatsache, daß sich die Reallöhne erhöht oder vermindert haben, läßt also noch keinen unmittelbaren Schluß auf die Lebenslage der einzelnen Beschäftigtengruppen zu. Sie zeigt allerdings, wie sich die Verteilungsposition der Arbeiterklasse insgesamt, wie sich ihre Kaufkraft entwickelt hat.

Die vorgestellte Berechnung gibt zudem nur Auskunft über das Einkommen der Beschäftigten. Die Lebenslage einer Arbeiterfamilie hängt aber nicht nur vom Beschäftigteneinkommen, sondern auch vom Beschäftigungsgrad und von der Höhe der Arbeitslosenbezüge ab. Sie verschlechtert sich z. B. trotz der Lohnerhöhungen eines Verdieners, wenn ein anderer arbeitslos wird. Es muß also auf der einen Seite die Zahl der Arbeitslosen und auf der anderen Seite die Höhe der Unterstützungsleistungen berücksichtigt werden. Das geschieht in der folgenden Tabelle.

#### Einkommen der Lohnabhängigen 1977

	In Mrd. DM 1976	1977	Veränderung in % 1976	1977
Nettolohn- und -gehaltssumme	359,8	380,8	+ 3,8	+ 5,8
Arbeitslosenunterstützungen <sup>1</sup>	9,2	8,2	- 14,5	- 11,1
Gesamteinkommen	369,0	389,0	+ 3,2	+ 5,4
Registrierte Arbeitslose <sup>2</sup>	1 060	1 030	- 1,3	- 2,8
Stille Reserve <sup>2</sup>	608	668	+ 59,9	+ 9,9
Lohnabhängige insgesamt <sup>2</sup>	22 956	22 990	+ 0,1	+ 0,2
Nettoeinkommen je Lohnabhängigen <sup>3</sup>	16 074	16 920	+ 3,1	+ 5,3
Inflationsrate	-	-	+ 4,5	+ 3,9
Realeinkommen je Lohnabhängigen	-	-	- 1,4	+ 1,4

<sup>1</sup> Einschließlich Krankenkassenbeiträge  
<sup>2</sup> In 1000  
<sup>3</sup> Durchschnittliches Jahreseinkommen in DM  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/1978, S. 89; Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1978, S. 54; eigene Berechnungen)

Die Berechnung kann allerdings nur die Problematik deutlich machen, denn es bleiben einige wichtige Faktoren – so z. B. die Einkünfte der Arbeitslosen aus der Sozialhilfe – unberücksichtigt. Nach der vorliegenden Tabelle wurde der Einkommensverlust von 1976 im folgenden Jahr wieder ausgeglichen.

Für die praktischen Auseinandersetzungen bleibt allerdings das Realeinkommen der Beschäftigten im Mittelpunkt. Wenn daher weiter von „Reallöhnen“ die Rede ist, so ist nur das Einkommen der Beschäftigten gemeint.

Festgehalten werden muß, daß der so definierte Reallohn in der Vergangenheit ständig angestiegen ist. Nur 1976 hat es eine Unterbrechung gegeben. Trotzdem konnten die Unternehmer ihre Verteilungsposition verbessern. Denn die Arbeitsproduktivität ist in den letzten Jahren schneller gestiegen als die realen Arbeitseinkommen.

#### Reallöhne und Arbeitsproduktivität<sup>1</sup>

	Reallohn	Arbeitsproduktivität <sup>2</sup>
1973	+ 1,2	+ 4,6
1974	+ 2,6	+ 2,4
1975	+ 1,2	+ 0,8
1976	- 0,3	+ 6,6
1977	+ 1,8	+ 2,9

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Arbeitsproduktivität berechnet als reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen  
(Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Im laufenden Jahr wird sich die Lohnentwicklung voraussichtlich nicht wesentlich verändern.

Zwar schlagen die Steuererleichterungen günstig zu Buche, ihnen stehen aber die wesentlich niedrigeren Tarifabschlüsse gegenüber. Das zeigt, was mit den Steuererleichterungen tatsächlich bezweckt ist: eine Kostenentlastung der Unternehmer, während die positiven Effekte für die Arbeiter und Angestellten durch niedrigere Lohnabschlüsse wieder abgeschöpft werden.

### 3.2 Steuern

Die 1977 beschlossenen steuerlichen Maßnahmen wirken sich vor allem im laufenden Jahr aus. Sie haben einen beträchtlichen Gesamteffekt.

Stellt man die Lohnsteuerentlastung der Entlastung der Gewinnsteuern gegenüber (einschließlich der veranlagten Einkommensteuer), so scheint die Steuerersparnis der Arbeiter und Angestellten mit 10,2 Milliarden DM wesentlich größer zu sein als die der Unternehmer und Selbständigen mit 5,2 Milliarden DM. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Belastung durch die erhöhte Mehrwertsteuer vor allem die Lohnabhängigen trifft. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß die Lohnsteuerentlastung durch niedrigere Tarifabschlüsse praktisch kompensiert wird. Schließlich muß angemerkt werden, daß die

Auswirkungen der steuerpolitischen Maßnahmen im Jahre 1978<sup>1</sup>

	In Mill. DM
Lohnsteuer	- 10 200
Veranlagte Einkommensteuer	- 1 550
Körperschaftsteuer	- 650
Umsatzsteuer	+ 5 200
Vermögensteuer	- 1 350
Grunderwerbsteuer	- 600
Gewerbesteuer <sup>2</sup>	- 1 050

<sup>1</sup> Steueränderungsgesetz 1977 und Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung, Schätzung des DIW. — = Entlastung, + = Belastung  
<sup>2</sup> Einschließlich Lohnsummensteuer  
 (Quelle: DIW-Wochenbericht Nr. 16/1978, S.161)

Lohnsteuerentlastung nur die Progression mindert, d. h. den Belastungsanstieg verringert, während es sich bei den Entlastungsmaßnahmen für die Unternehmer vorwiegend um echte Steuerminderungen handelt.

Für das laufende Jahr ist nur mit einer leichten Zunahme der Lohnsteuer zu rechnen, wie die Ergebnisse aus dem ersten Quartal 1978 deutlich machen. Dagegen schwillt die Steuerlast schon im nächsten Jahr wieder an. Bei geltendem Steuerrecht — so errechnete das konservative „Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“ (RWI) — wird die Lohnsteuer bis 1982 jährlich etwa doppelt so schnell steigen wie die Bruttolöhne. Im Jahre 1982 würde die Lohnsteuer demnach mit 160 Milliarden DM 37 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachen (gegenüber etwa 30 Prozent gegenwärtig).

## Steuereinnahmen im 1. Vierteljahr 1978

	Mrd. DM	% gegenüber Vorjahr
Steuereinnahmen insgesamt <sup>1</sup>	68,1	+ 10,1
darunter:		
Lohnsteuer	20,4	+ 1,7
Körperschaftsteuer <sup>2</sup>	4,9	+ 37,4
Umsatzsteuer	13,6	+ 29,3
Vermögensteuer	1,1	- 2,4

<sup>1</sup> Bund und Länder  
<sup>2</sup> Wegen der Körperschaftsteuerreform nicht vergleichbar  
 (Quelle: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 48/1978, S. 451)

Auch nach den Steuermaßnahmen bleibt es dabei, daß die Lohnsteuer die Hauptlast des Staatshaushalts zu tragen hat, bei insgesamt steigender Tendenz.

Anteil der Lohnsteuer am Steueraufkommen<sup>1</sup>

	1950	1960	1970	1975	1976	1977	1978 <sup>2</sup>
	9,6	11,8	22,8	29,4	30,1	30,3	29,5

<sup>1</sup> Aufkommen von Bund, Länder, Gemeinden, Lastenausgleich, in %  
<sup>2</sup> Schätzung des DIW  
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd, DIW-Wochenbericht 16/1978, S. 180)

Eine wirksame Steuerreform müßte vor allem diese Entwicklung stoppen. Allerdings besteht die Gefahr, daß Maßnahmen zur Verlangsamung des Lohnsteueranstiegs durch eine gewisse Schwerpunktverlagerung zu den indirekten, d. h. den Verbrauch belastenden Steuern hin ausgeglichen werden. Das würde die Verschiebung der Finanzierungslasten auf die Arbeiter und Angestellten zwar weniger spektakulär sichtbar machen, an dem unsozialen Inhalt aber nichts ändern. Es würde im Gegenteil eine zusätzliche Belastung der untersten Einkommensschichten, der Rentner, der Empfänger von Sozialhilfe usw., mit sich bringen.

## 3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich in den letzten Monaten erneut leicht abgeschwächt. Entgegen den Erwartungen am Jahresanfang hat sich die Erhöhung der Mehrwertsteuer noch nicht unmittelbar auf die Lebenshaltungskosten ausgewirkt.

Immer noch wirken die Saisonwaren preisstabilisierend, der saisonbereinigte Preisindex ist in den letzten zwei Jahren in fast unverändertem Tempo gestiegen. Stützend hat die Tatsache gewirkt, daß die durch die schlechte Ernte 1976 bewirkten Preisverzerrungen 1977 korrigiert wurden.

Lebenshaltungskosten<sup>1</sup>

	Insgesamt in % gegenüber dem Vorjahresmonat		Ohne Saisonwaren <sup>2</sup> in % gegenüber dem Vorjahresmonat	
	Vormonat	Vorjahresmonat	Vormonat	Vorjahresmonat
1977	-	+ 3,9	-	+ 4,1
1978				
Januar	+ 0,6	+ 3,2	+ 0,5	+ 3,6
Februar	+ 0,5	+ 3,1	+ 0,5	+ 3,7
März	+ 0,3	+ 3,1	+ 0,3	+ 3,6
April	+ 0,3	+ 2,9	+ 0,1	+ 3,3

<sup>1</sup> Alle Haushalte  
<sup>2</sup> Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier, Fleisch, Blumen, Kohle, Heizöl  
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/1978, S. 256)

Entscheidend für die unerwartet günstige Entwicklung der Lebenshaltungskosten ist die günstige Preisentwicklung auf dem Weltmarkt. Der auf Dollarpreisen beruhende „Moody-Index“ der Rohstoffpreise war Ende April 1978 um 4,6 Prozent niedriger als im Vorjahr. Für die bundesdeutschen Importeure ergab sich ein weiterer Preisvorteil aus dem gestiegenen Wechselkurs der DM, insbesondere gegenüber dem Dollar. Kostete der Dollar im April 1977 noch rund 2,37 DM, so war er im April 1978 schon für etwa 2,04 DM zu haben, war also über 14 Prozent billiger. Das bedeutet aber, daß die Rohstoffe, deren Preise in Dollar berechnet werden, für die bundesdeutschen Importeure im April um etwa 19 Prozent billiger zu haben waren als im gleichen Vorjahresmonat. Der Wechselkurseffekt verbilligte aber auch andere Einfuhren, so daß die Importpreise für die BRD kräftig zurückgingen. Das wirkte sich stabilisierend auf das gesamte Preisniveau der BRD aus, obwohl die Preissenkungen keineswegs an den Verbraucher voll weitergegeben wurden.

Diese Feststellung gilt übrigens auch für die Nahrungsmittel: Während die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise z. B. 1977 um 4,4 Prozent zurückgegangen sind, ist der Verbraucherpreisindex für Lebensmittel immerhin noch um 2,5 Prozent gestiegen.

Ausgewählte Preisindizes<sup>1</sup>

	Industrie- preise	Landwirtschaftl. Erzeuger- preise	Einzel- handels- preise	Import- preise
1977	+ 2,6	- 4,4	+ 3,8	+ 1,5
1978				
Januar	+ 1,3	- 3,8	+ 2,8	- 4,5
Februar	+ 1,0	- 4,2	+ 2,8	- 6,4
März	+ 1,0	- 4,5	+ 2,7	- 7,6
April	+ 0,8	-	-	- 7,6

<sup>1</sup> In Prozent gegenüber dem Vorjahr  
 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/78, S. 256; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/78, S. 68)

Mit einer weiteren Verlangsamung ist aber für die nächste Zeit nicht zu rechnen, da der Entlastungseffekt durch den Wechselkurs sich zunächst eher etwas abschwächen wird. Zudem dürften die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise infolge der jüngsten EG-Beschlüsse eher wieder etwas zunehmen, der Sondereffekt bei den saisonabhängigen Gütern dürfte an Gewicht verlieren.

## 3.4 Einkommen in der Landwirtschaft

Infolge der Dürre im Jahre 1976 und der rückläufigen Erzeugerpreise — die EG-Agrarpreisordnung hat verhindert, daß die Einkommensverluste aus dem Ernteausfall durch höhere Preise ausgeglichen werden konnten — ist das Einkommen der Bauern im Wirtschaftsjahr 1976/77 (jeweils von Jahresmitte zu Jahresmitte) kräftig zurückgegangen.

Allerdings sind die Durchschnittsberechnungen von keiner großen Aussagekraft. Denn die Einkommensunterschiede sind beträchtlich. Das entsprechende Durchschnittseinkommen in dem Viertel der Betriebe mit dem niedrigsten Einkommen verhält sich zu den Verdiensten im Viertel der Betriebe mit den höchsten Einkommen wie 1 zu 8,7, d. h. in den Spitzenbetrieben wird fast das Neunfache verdient wie im untersten Viertel. Im Wirtschaftsjahr 1975/76 war das Verhältnis noch wie 1 zu 6,0.

Einkommensentwicklung der Bauern<sup>1</sup>

	Jahreseinkommen in DM	In % gegenüber dem Vorjahr
1970/71	11 907	- 9,6
1971/72	16 718	+ 40,4
1972/73	20 031	+ 19,8
1973/74	19 972	- 0,3
1974/75	21 221	+ 6,3
1975/76	25 488	+ 20,1
1976/77	21 969	- 13,8

<sup>1</sup> Reineinkommen je Familienarbeitskraft aus dem landwirtschaftlichen Haupt- bzw. Vollerwerbsbetrieb  
 (Quelle: Agrarberichte der Bundesregierung)

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nahm 1977 wiederum um 3 Prozent ab und beträgt nur noch 862 000, davon 406 000 Vollerwerbsbetriebe, 117 000 Zuerwerbsbetriebe (Bauer geht unregelmäßig einer außerbetrieblichen Tätigkeit nach) und 339 000 Nebenerwerbsbetriebe.

Interessanterweise ist die Zahl der Vollarbeitskräfte in der Landwirtschaft in den beiden letzten Jahren nur relativ langsam (jeweils um 0,8 Prozent) gesunken. Die Zahl der „nichtständigen familienfremden“ und die Zahl der „teilbeschäftigten Familienarbeitskräfte“ hat sogar zugenommen. Der Agrarbericht 1976/77 nimmt an, daß sich der Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft wieder beschleunigen wird, wenn die allgemeinen Beschäftigungsverhältnisse in der Wirtschaft besser werden.

In geringem Maße ist also die Landwirtschaft immer noch ein „Zufluchtsort“ in Krisenzeiten. Ein geringer Teil „versteckter Arbeitslosigkeit“ in der Krise ist immer noch dort zu suchen. Er wird nirgends, noch nicht einmal in der „stillen Reserve“, erfaßt.

## 3.5 Einkommensverteilung

Ein zentraler Vorwurf von Unternehmern und Regierung behauptet, die Arbeiter und Angestellten hätten in der Vergangenheit einen ständig wachsenden Anteil des Volkseinkommens beansprucht und so die Konjunktur abgewürgt. Es soll an dieser Stelle nur auf den empirischen Gehalt dieser Behauptung eingegangen werden. Dabei bietet die im Jahre 1977 revidierte „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung“ den Anlaß, um noch einmal die langfristige Entwicklung darzustellen. Unterschiede zu den Ergebnissen vorangegangener Berechnungen (vgl. „Informationen ...“ Nr. 2/1975 und 2/1977) erklären sich aus dieser Revision der offiziellen Zahlen. Die Veränderungen berühren allerdings nur die absolute Größe, nicht die Entwicklungstendenz der Quoten.

Lohnquoten<sup>1</sup>

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit		Nettolohn- und Gehaltssumme	
	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte <sup>2</sup> Lohnquote	Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte <sup>2</sup> Lohnquote
1950	58,4	58,4	45,4	45,4
1955	59,3	55,0	45,2	41,9
1960	60,4	53,4	43,6	38,5
1965	65,6	55,5	46,9	39,7
1970	67,8	55,7	44,4	36,5
1973	70,7	57,3	43,1	34,9
1974	72,6	58,9	43,3	35,1
1975	72,8	59,0	43,2	35,0
1976	71,2	57,5	41,0	33,1
1977	72,0	57,9	41,0	33,0

<sup>1</sup> Anteile der Bruttoeinkommen bzw. der Nettoeinkommen am Volkseinkommen  
<sup>2</sup> Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigtenstruktur von 1950  
 (Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Taschenbuch 1977; Wirtschaft und Statistik, Ifd.; eigene Berechnungen)

Die statistische Grundlage für die angeführte Unternehmerbehauptung ist die Bruttolohnquote, deren Entwicklung in der ersten Spalte der Tabelle dargestellt ist. Sie gibt den Anteil der „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ am Volkseinkommen an, wobei im wesentlichen die Bruttolöhne und -gehälter und die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung mitgerechnet werden.

Diese Quote ist tatsächlich seit 1950 beachtlich angestiegen und hat sich seit 1970 immerhin noch um mehr als 4 Prozent erhöht.

Allerdings ist diese Ziffer aus mehreren Gründen wenig aussagekräftig. Zunächst muß berücksichtigt werden, daß seit 1950 auch die Zahl der Arbeiter und Angestellten und deren Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung kräftig gestiegen ist. 1950 waren nur 68,5 Prozent der Erwerbstätigen lohnabhängig, 1977 waren es 85,2 Prozent. Diese Tatsache muß aber bei der Berechnung des Verteilungserfolgs der Arbeiter und Angestellten berücksichtigt werden: In der zweiten Spalte wird die Bruttolohnquote daher bereinigt, d. h., es wird berechnet, wie sie sich entwickelt hätte, wenn die Beschäftigtenstruktur seit 1950 unverändert geblieben wäre. (Die Quote ist daher nur fiktiv.)

Schon dadurch verschiebt sich das Bild: Die bereinigte Bruttolohnquote war 1977 niedriger als 1950, ist aber immerhin seit 1970 wieder angestiegen.

Aber auch mit dieser Aussage können die Arbeiter und Angestellten nicht viel anfangen. Ist es doch bekannt, daß sich seit 1950 die Steuerlast beträchtlich zuungunsten der Lohnabhängigen verschoben hat. Diese finanzierten 1950 noch weniger als 10 Prozent der Steuereinnahmen, 1977 aber fast 30 Prozent. Das Steuersystem hat — in Verbindung mit der Inflation — erhebliche Einkommensteile umverteilt.

Es muß daher interessieren, wie sich der Anteil des Volkseinkommens entwickelt hat, der den Arbeitern, Angestellten und Beamten tatsächlich, d. h. netto zugeflossen ist, über den sie also verfügen konnten.

Diese Nettolohnquote findet sich in der Spalte drei der Tabelle. Und da ergibt sich nun ein völlig anderes Bild. Die abhängig Beschäftigten erhielten 1977 einen deutlich niedrigeren Anteil als 1950. Auffallend ist vor allem, daß der Rückgang des Anteils fast ausschließlich in den Zeitraum der siebziger Jahre fällt. Die bescheidenen Verteilungserfolge, die die Arbeiterklasse Anfang der siebziger Jahre eringen konnten, wurden durch das Steuersystem völlig ins Gegenteil verkehrt. Es zeigt sich hier aber auch, welche Bedeutung die Krisenjahre seit 1974 für die Verteilung hatten.

Noch fraprierender sieht das Ergebnis aus, wenn auch die Nettolohnquote bereinigt wird, d. h., wenn von einer seit 1950 unveränderten Beschäftigtenstruktur ausgegangen wird. Die in Spalte vier vorgestellte bereinigte Nettolohnquote macht ganz deutlich, wie sich die Verteilungsposition der Lohnabhängigen gegenüber Unternehmern, Staat und Sozialversicherung tatsächlich verschlechtert hat.

Es kann daher nicht behauptet werden, daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften eine Umverteilung zuungunsten der Unternehmer bewirkt haben. Allerdings kann eingewendet werden, daß die wachsenden Ansprüche von Staat und Sozialversicherungen diesen Effekt gehabt haben. Daher ist es nicht uninteressant, die entsprechenden Berechnungen für die Selbständigen und deren Einkommen, d. h. für die „Einkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen“ zu machen.

Der fragwürdige statistische Charakter der Kategorie „Einkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen“ schränkt die Aussagekraft dieser Berechnungen allerdings von vornherein stark ein.

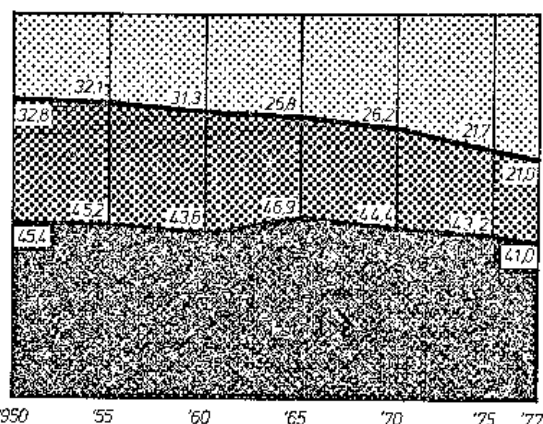
Gewinnquoten<sup>1</sup>

	Bruttoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen		Nettoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen	
	Tatsächliche Gewinnquote	Bereinigte <sup>2</sup> Gewinnquote	Tatsächliche Gewinnquote	Bereinigte <sup>2</sup> Gewinnquote
1950	41,6	41,6	32,8	32,8
1955	40,7	49,1	32,1	38,7
1960	39,6	55,4	31,3	43,8
1965	34,4	56,7	26,8	44,2
1970	32,2	61,1	26,2	49,7
1973	29,3	59,5	22,9	46,5
1974	27,4	55,7	21,4	43,5
1975	27,2	55,3	21,7	44,1
1976	28,8	59,7	22,4	46,4
1977	28,0	59,6	21,0 <sup>3</sup>	44,7 <sup>3</sup>

<sup>1</sup> Anteile der „Einkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen“ am Volkseinkommen  
<sup>2</sup> Bereinigt auf Grundlage der Erwerbstätigenstruktur von 1950  
<sup>3</sup> Die Reform der Körperschaftsteuer führt 1977 zu einem überproportionalen Anstieg der Steuern, die 1978 teilweise wieder zurückerstattet werden. Der Nettoanteil ist tatsächlich also höher als ausgewiesen.  
 (Quellen: ebenda)

## Einkommensverteilung in % des Volkseinkommens

IMSF



Entsprechend der gestiegenen Bruttolohnquote ist die Bruttogewinnquote in Spalte eins der Tabelle stark zurückgegangen. Da aber auch der Anteil der Selbständigen um mehr als die Hälfte gesunken ist, ist die bereinigte Gewinnquote – wie Spalte zwei zeigt – gestiegen. Sie zeigt an, wie sich die Gewinnquote entwickelt hätte, wenn der Anteil der Selbständigen gegenüber 1950 unverändert geblieben wäre. Bereinigte Lohnquote und bereinigte Gewinnquote sind dabei natürlich nur fiktive Werte und dürfen auch nicht addiert werden: Die Durchschnittseinkommen von Lohnabhängigen und Selbständigen sind zu unterschiedlich.

Für die Fragestellung interessanter ist die Entwicklung der Nettogewinnquote. Sie ist gleichfalls rückläufig, allerdings fällt auf, daß die Differenz zwischen Brutto- und Nettogewinnquote zurückgegangen ist, die Nettoquote ist langsamer gefallen, d. h., das Steuersystem hat entlastend gewirkt.

Dabei muß das Jahr 1977 ausgeklammert werden, weil hier die Nettoquote durch die Reform der Körperschaftsteuer unterzeichnet ist. Berücksichtigt man diese Tatsache, dann zeigt sich zudem, daß die Nettoquote seit 1973 etwa stabil geblieben ist.

Spalte vier zeigt schließlich die Entwicklung der bereinigten Nettogewinnquote, die kräftig angestiegen ist. Der Rückgang der tatsächlichen Nettogewinnquote ist also allein auf die veränderte Erwerbstätigenstruktur, nicht etwa auf Verteilungserfolge der Lohnabhängigen zurückzuführen.

## 3.6 Kämpfe der Arbeiterklasse

Im Mittelpunkt der Arbeitskämpfe im März und April 1978 standen die Folgen der kapitalistischen Rationalisierung in der Druck- und Metallindustrie. Die Forderungen der IG Druck und Papier zur Regelung der Einführungen der neuen Technik unterschieden sich prinzipiell von den bisherigen Rationalisierungsschutzabkommen, da sie über Sozialplanregelungen hinausgehen und eine Mitbestimmung über die Besetzung und die Qualität der Arbeitsplätze intendieren. Nachdem in den letzten Monaten 1977 und Anfang 1978 zahlreiche Warnstreikwellen die Mobilisierungsfähigkeit der IG Druck und Papier unter Beweis gestellt hatten, trat Ende Februar der Arbeitskampf in seine entscheidende Phase. Da die Unternehmer nicht bereit waren, auf der Grundlage der Gewerkschaftsforderungen in Verhandlungen einzutreten, wurden am 27. Februar in 5 Betrieben in München, Kassel, Düsseldorf und Wuppertal, begleitet von Warnstreiks in 25 Betrieben, Urabstimmungen durchgeführt. Die Ergebnisse: (Für Streik)

Süddeutscher Verlag, München	83,1 Prozent
Münchner Buchgewerbehaus	99,0 Prozent
Dierichs, Kassel	80,9 Prozent
RBD Rheinische Post Düsseldorf	90,7 Prozent
RBD Girardet Wuppertal	91,4 Prozent

Am 28. Februar begann in diesen 5 Betrieben ein unbefristeter Streik, der vom Unternehmerverband am 2. März mit einem Ausspernungsbeschuß beantwortet wurde, dem 12 Betriebe nachkommen. Um den Druck auf die entscheidenden Kräfte im Unternehmerlager, die großen Zeitungsverleger, zu erhöhen, wird von der Gewerkschaft mit einem Proteststreik in allen Springer-Betrieben reagiert. Um die Gewerkschaft vor allem finanziell in die Knie zu zwingen, spitzen die Zeitungsverleger den Konflikt mit einer befristeten bundesweiten Ausspernung vom 5. bis 7. März (78 Betriebe) zu. Die IG Druck weitet die Streikfront zeitweilig auf die Betriebe des Bauer-Verlages aus und führt in zahlreichen Betrieben Urabstimmungen durch.

Obwohl es auf Initiative der Gewerkschaft unter Vermittlung des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, am 13. März in Nürnberg wieder zu ersten Vermittlungsgesprächen kommt, haben die Unternehmer schon die nächste Eskalationsphase mit einer unbefristeten bundesweiten Ausspernung ab dem 14. März beschlossen.

In über 500 Betrieben werden täglich über 30.000 Gewerkschaftsmitglieder ausgesperrt, während durch den Streik in dieser Phase 6 Betriebe mit 2200 Streikenden betroffen sind. Eine Gegenüberstellung der bestreikten und ausgesperrten Betriebe während des gesamten Arbeitskampfes macht deutlich, mit welcher Hemmungslosigkeit die Unternehmer ihre ökonomische Macht gegen die Gewerkschaft einsetzen.

## Streik und Ausspernung in der Druckindustrie

	Betriebe	streikende/ausgesperrte Mitgl.
Unbefristete Streiks	bis 7	insg. 39 133
Befristete Proteststreiks	insg. 43	insg. 16 640
Ausspernungen	insg. 3619	insg. 245 819

Die Streikfront blieb während der ganzen Zeit geschlossen. Insbesondere auf die Ausspernungen haben viele Belegschaften mit anschließend hohen Urabstimmungsergebnissen reagiert, um die Bereitschaft zu bekunden, jederzeit die Streikfront zu erweitern. In Hessen ist es in Wahrnehmung der Verfassungsbestimmung über ein Ausspernungsverbot zu einer neuen offensiven Aktionsform gekommen: Die Belegschaft der „Frankfurter Rundschau“ (Werk 1) weigerte sich in der Nacht vom 15. auf den 16. März, die Arbeitsplätze zu verlassen und hielt den Betrieb besetzt. Gleichzeitig wurden während der Betriebsbesetzung Notzeitungen für die Bevölkerung produziert. Dies stellt sicherlich auch eine neue Qualität des Arbeitskampfes dar ebenso wie die vielfältige Solidarität anderer Gewerkschaften und des DGB.

Das Echo in der Öffentlichkeit ist weitaus positiver als im Arbeitskampf 1976. Die „Stellvertreterfunktion“ dieser Auseinandersetzung für die zukünftige Abwehr von Rationalisierungsfolgen wird zunehmend auch in den anderen Gewerkschaften verstanden. Die IG Druck und Papier hat – unter Auswertung der Erfahrung von 1976 – die enorme Bedeutung einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begriffen. Fast in allen Zentren erschienen regelmäßig eigene Informationsblätter und Zeitungen, vor allem während der Ausspernungstage.

Nach drei Wochen Arbeitskampf kommt es am 19. März unter Einschaltung von Bundesminister Wischniewski zu einem Tarifvertrag, der mit Recht als Meilenstein in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik bezeichnet werden kann. Zu den wichtigsten Bestimmungen gehören:

- Schriftsetzer und ihnen gleichgestellte Arbeitnehmer erhalten für eine mehrjährige Übergangszeit ihre bisherige tarifliche Entlohnung, auch wenn sich die Arbeitsbedingungen aufgrund der Einführung der Elektronik ändern.
- Fachkräfte der Druckindustrie haben für acht Jahre nach Umstellung der jeweiligen Tätigkeit Anspruch auf die vorrangige Beschäftigung mit den neuen Arbeiten im rechengesteuerten Textsystem.
- Für alle Bildschirmarbeiten schreibt der Tarifvertrag für jede Stunde fünf Minuten Erholungszeit oder alle zwei Stunden eine 15minütige bezahlte Unterbrechung der Tätigkeit vor.
- Der neue Tarifvertrag regelt ausführlich die technischen Bedingungen, die als Mindestanforderung im Sinne einer menschengerechten Gestaltung von den Bildschirmen erfüllt werden müssen. Diese

Regelungen haben eine große Bedeutung auch für die Wirtschaftsbereiche, in denen bisher unter schlechteren Bedingungen Bildschirme schon eingesetzt wurden.

– Redakteure dürfen nicht gezwungen werden, fremde Texte ohne Abänderung in Satz zu geben.

– Viele Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes sind präzisiert oder erweitert worden.

Die Auswirkungen technologischer Veränderungen für die Einkommenssicherheit der Arbeiter und Angestellten standen im Mittelpunkt des Tarifkampfes in der Metallindustrie Baden-Württembergs. Die Forderungen der IG Metall richteten sich auf einen tariflichen Schutz vor Abgruppierungen durch die Unternehmer. Zahlreiche Warnstreiks und die Urabstimmung am 7./8. März zeigten, daß diese Fragen neben der Lohnforderung von 8 Prozent eine große mobilisierende Wirkung besaßen. Bei der Urabstimmung stimmten 90,3 Prozent für einen Streik. Gleichzeitig war eine Urabstimmung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden, bei der sich 86,4 Prozent für einen Arbeitskampf entschieden. In Nordrhein-Westfalen waren allerdings nur Lohnforderungen gestellt worden.

Am 15. März begann morgens in 63 Betrieben Nordwürttembergs/Nordbadens mit etwa 80.000 Beschäftigten der Streik. An demselben Tag beschloß der Unternehmerverband, am 20. März in allen Betrieben mit über 1000 Beschäftigten, d. h. zusätzlich in 30 nicht bestreikten Unternehmen, eine Ausspernung durchzuführen. Anfang April hatte sich die Streikfront auf 86 Betriebe mit 91.000 Beschäftigten erweitert. Von der Ausspernung waren 78 Betriebe mit 146.000 Beschäftigten betroffen. Nach drei Wochen Streik und zweiwöchiger Ausspernung kam es am 3. April zu einer Einigung. Es wurde eine Lohnerhöhung von 5 Prozent zusätzlich einer Pauschale von 411 DM und ein Abgruppierungsschutz abgeschlossen. Der geforderte kollektive Abgruppierungsschutz wurde nicht erreicht. Die tarifliche Eingruppierung der Arbeiter und Angestellten ist für 18 Monate vollständig garantiert, danach findet eine begrenzte Verschlechterung der Entlohnung statt. In einer abschließenden Urabstimmung sprachen sich 169.456 Mitglieder für die Annahme und 107.987 gegen die Annahme des Vertrages aus. Mit 55,41 Prozent war damit die erforderliche Mehrheit erreicht.

Die Ergebnisse in der Metallindustrie Baden-Württembergs lassen sich sicherlich nicht mit den Erfolgen der Druckindustrie vergleichen. Es ist jedoch sichtbar geworden, daß diese Fragen der Sicherung menschengerechter Arbeitsplätze und die Verteidigung des sozialen Besitzstandes die gewerkschaftliche Tarifpolitik in der kommenden Zeit zunehmend beschäftigen werden.

## 3.7 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Beschäftigungslage hat sich im Verlaufe des Jahres 1977 weiter verschlechtert, im zweiten Halbjahr war vor allem die Zahl der Selbständigen, aber auch die der abhängig Beschäftigten niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Betrachtet man die großen Sektoren der Volkswirtschaft, so hat sich der Rückgang im produzierenden Gewerbe verlangsamt.

## Erwerbstätigkeit nach Bereichen<sup>1</sup>

	In 1000 Erwerbstätigen			In % gegenüber dem Vorjahr		
	1975	1976	1977	1975	1976	1977
Landwirtsch., Forstwirtsch., Fischerei	1823	1743	1656	- 3,1	- 4,4	- 5,0
Prod. Gewerb.	11 615	11 400	11 326	- 6,3	- 1,9	- 0,6
Handel und Verkehr	4 571	4 510	4 471	- 2,9	- 1,3	- 0,9
Dienstleist.	7 314	7 435	7 568	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,8
Insgesamt	25 323	25 088	25 021	- 3,4	- 0,9	- 0,3

<sup>1</sup> Selbständige, mithelfende Familienangehörige und abhängig Beschäftigte (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/78, S. 209)

Im Jahresverlauf 1977 hat sich der Rückgang im produzierenden Gewerbe allerdings wieder deutlich beschleunigt. Dort ist der Zusammen-

hang zwischen Konjunktorentwicklung und Beschäftigung noch am deutlichsten.

Wichtig ist, daß sich die rückläufige Beschäftigungstendenz im öffentlichen Dienst, erstmals 1976 aufgetreten, beschleunigt hat. 1977 hat die öffentliche Hand eindeutig zur Entstabilisierung der Beschäftigungssituation beigetragen.

## Vollbeschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst<sup>1</sup>

	In 1000 Personen <sup>2</sup>	In % gegenüber dem Vorjahr
1973	3376	+ 2,4
1974	3421	+ 1,3
1975	3467	+ 1,3
1976	3462	- 0,1
1977	3435	- 0,8

<sup>1</sup> Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen

<sup>2</sup> Zum 30. Juni jeden Jahres (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/78, S. 213)

Erstmals hat auch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im öffentlichen Dienst leicht zugenommen. Beschäftigungszunahmen waren nur noch in geringfügigem Umfang bei den Gemeinden und den Ländern festzustellen. Besonders ins Gewicht fällt der Personalabbau bei der Bundesbahn, die innerhalb eines Jahres mehr als 20.000 Arbeitsplätze, d. h. 5 Prozent ihrer Beschäftigten, „freisetzt“. Auch der Bund baute kräftig ab und verminderte die Zahl seiner Beschäftigten um 1,3 Prozent.

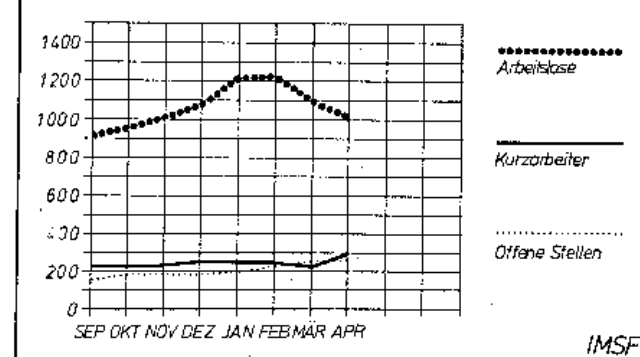
Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten nur saisonal bedingt verändert. Die Arbeitslosenzahlen liegen etwa auf der Vorjahreshöhe, wobei Schwankungen festzustellen sind.

## Arbeitsmarkt 1977/78

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
November	1004	+ 19	234	+ 66
Dezember	1091	+ 1	258	+ 44
Januar	1213	- 36	251	- 18
Februar	1224	+ 10	252	- 29
März	1099	+ 15	226	- 32
April	1000	- 39	298	+ 56
Mai	913	- 23	235	- 82

(1) In 1000  
(2) In 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/78, S. 65<sup>1</sup>)

## Arbeitsmarkt 1977/78 in Tausend



Die Verbesserung im April ist saisonaler Natur, zu einem großen Teil durch die Situation auf dem Bauplan bestimmt. In den Bauberufen nahm allein im April die Arbeitslosenzahl um 32.000 ab.

Insgesamt sind die Erwartungen aber auch für die Zukunft pessimistisch: In der Tendenz wird eher mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet. Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) hat mehrere „Varianten“ der möglichen Entwicklung berechnet. Bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent im Jahre 1978 – wie es gegenwärtig erwartet wird – wird die Arbeitslosigkeit insgesamt um mehr als 100.000 zunehmen.



**Arbeitsmarktentwicklung<sup>1</sup>**

	1973	1974	1975	1976	1977	1978 <sup>2</sup>
Registrierte Arbeitslose	273	582	1074	1060	1030	1084
„Stille Reserve“	150	206	480	608	668	705
Ausländer <sup>3</sup>	—	— 21	— 134	— 296	— 378	— 426

<sup>1</sup> In 1000<sup>2</sup> Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, bei angenommenem Wachstum von 2,5 % und angenommenem Rückgang der Arbeitszeit um 1 %<sup>3</sup> Abnahme des ausländischen Erwerbspotentials gegenüber 1973

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/78, S. 54 ff.)

Unter den gegebenen Annahmen wird die Arbeitslosigkeit 1978 in der Bundesrepublik von 1,7 auf etwa 1,8 Millionen steigen. Ins Auge fällt, daß der Entlassungseffekt durch die Abwanderung von Ausländern sich in den letzten Jahren deutlich verringert hat. Bis 1977 wurde die Zunahme des deutschen Erwerbspersonenpotentials noch durch die Abnahme der ausländischen Erwerbspersonen überkompensiert. Im laufenden Jahr wird sich dieser Effekt erstmals umkehren: Das Angebot an deutschen Erwerbspersonen wird nach der Schätzung des IAB um 64 000 zunehmen, die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen aber nur noch um 48 000 abnehmen.

Das deutsche Arbeitsangebot wird – bedingt durch demographische Faktoren (Geburtenhäufigkeit usw.) – bis 1989 zunehmen. Da davon

ausgegangen werden muß, daß die Ausländerbeschäftigung kaum noch zurückgehen wird, da die Masse der ausländischen Arbeiter zu einem festen Bestandteil des Arbeitsmarkts der BRD geworden ist, (sie sind eben nicht bloß „Gastarbeiter“), muß damit gerechnet werden, daß die Schere zwischen Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage immer weiter auseinanderklaffen wird. Für die achtziger Jahre wird damit eine Millionenarbeitslosigkeit programmiert. Denn nur bei einem jahresdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum von mehr als 4 Prozent wird die Erwerbstätigkeit überhaupt noch zunehmen. Damit aber rechnet niemand. Vor diesem Hintergrund ist die beschäftigungs politische Untätigkeit der Bundesregierung nur damit zu erklären, daß sie die Millionenarbeitslosigkeit ganz bewußt hinnimmt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main

Abschlußtermin dieses Berichts: 19. 5. 1978 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,— DM (zuzügl. 3,20 DM Zustellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 1,75 DM, Jahresabonnement 7,— DM (zusätzlich 1,20 DM Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

# Neuerscheinungen 1978

Informationsbericht Nr. 20

## Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf

Verfaßt von Klaus Priester

Etwa 150 Seiten, 17x24 cm, 8,— DM

Der Informationsbericht sammelt umfangreiches Material zur Veränderung der Arbeitsbedingungen, zeigt ihre Konsequenzen für die arbeitende Bevölkerung auf und setzt sich kritisch mit den verschiedenen Konzeptionen zur „Humanisierung der Arbeit“ auseinander.

IMSF-Informationsbericht Nr. 31

## Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD

Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF

ca. 200 Seiten, 10,— DM

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der staatlichen Wirtschaftspolitik auf die Lage der Frauen, vor allem der Frauen der Arbeiterklasse, wird in diesem Bericht aufgedeckt und dokumentiert.

# IMSF

Institut für Marxistische Studien und Forschungen  
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1